

Alle dafür, die Mehrheit dagegen

Bundestag lehnt Tibet-Antrag ab / Von Wulf Schmiese

BERLIN, 27. Juni. Die Debatte im Bundestag war lebhaft, die Zustimmung breit – dennoch scheiterte ein menschenrechtspolitischer Antrag zur Lage in Tibet am Donnerstagabend. Dabei waren im Grunde aller einer Meinung und hätten für den von der FDP eingebrachten Antrag mit der Überschrift „Menschenrechtslage in Tibet verbessern“ ihre Hand heben können. Am Ende jedoch taten es nur FDP und Grüne.

Ursprünglich hatte es ein gemeinsamer Antrag werden sollen. Die menschenrechtspolitischen Sprecher aller Fraktionen mit Ausnahme der Linkspartei hatten sich im Ausschuss weitgehend auf den Text geeinigt, der dann von der FDP eingebracht wurde. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, sich in China verstärkt für die Lage der Tibeter einzusetzen. Nachdem aber der menschenrechtspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Strässer, von einer China-Reise mit Außenminister Steinmeier (SPD) zurückgekommen war, sagte er letzte Woche ab. Dieser Zeitung erklärte er zwar, die SPD sei noch nicht entschieden, ob sie gegen den Antrag stimmen wolle. Aber gemeinsam einbringen werde sie ihn nicht, weil sich bei den Menschenrechten in China nun einiges tue.

Der Initiator des Antrags, der menschenrechtspolitische Sprecher der FDP, Toncar, sagte: „Der vorliegende Antrag ist sachlich und fair. Er ist klar, und er ist nicht polemisch.“ Aus der Unionsfraktion wurde ihm zugerufen: „Das stimmt!“

Die SPD wolle aber davon nichts mehr wissen, sagte Toncar, weil Steinmeier alles scheue, was seinem guten Ruf in China schaden könnte. „Es ist kein Zufall, dass die Idee eines gemeinsamen Antrags nicht in der SPD-Fraktion gestoppt wurde, sondern in der Chefetage des auswärtigen Amtes.“ Dagegen wehrte sich der SPD-Abgeordnete Strässer. Ihm fehlte im Antrag eine entscheidende Passage: Dem Dalai Lama müsse gesagt werden, „dass wir um eine präzise Definition von Autonomie nicht herumkommen und dass wir keine Forderung unterstützen, die auf eine Destabilisierung Chinas hinauslaufen würde“. Diese Position sollte der Bundestag vertreten. „All das finde ich leider Gottes in Ihrem Antrag nicht wieder“, sagte Strässer.

Toncar jedoch war verwundert, weil Strässer es noch in der letzten Woche für möglich gehalten hatte, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen. Strässer behauptete nun, das nie gesagt zu haben, obgleich er es dieser Zeitung vergangene Woche so mitgeteilt hatte. Nun verweigerte sich die SPD ganz der Zustimmung, weshalb auch die Union aus Treue zum Koalitionsvertrag gegen den Antrag stimmte; obwohl er „Wort für Wort richtig“ sei, wie die menschenrechtspolitische Sprecherin der Union, Steinbach sagte. Die Union lehne ihn daher „mit zusammengebissenen Zähnen“ ab. Dieser Hinweis jedoch wurde von Strässer gerügt: „Hier Krokodilstränen zu vergießen ist kein angemessener Stil.“

Bruch eines grundlegenden Menschenrechts, nämlich des Rechts auf nationale Selbstbestimmung eines Volkes mit einer ausgeprägten eigenen Identität. Die Regierung der Volksrepublik China wäre dafür zu tadeln. Indes, keine chinesische Regierung, auch nicht die Regierung eines anders verfaßten chinesischen Staates würde anders handeln. In kluger Einsicht hat der Dalai Lama dem Rechnung getragen.

Allen Repressionen zum Trotz gibt es täglich neue Nachrichten aus Tibet. Der engagierte Pressedienst von Adelheid Dönges dokumentiert das kontinuierlich, und wenn die Massenmedien sich für solche Nachrichten nicht interessieren, dann müssen die Tibetfreunde sich eben, wie auf dem Gänsemarkt, eine eigene – wiewohl kleinere – Öffentlichkeit schaffen.

Das tibetische Volk gehört tatsächlich zu den bedrohten Völkern. Die gesteuerte chinesische Zuwanderung in das Siedlungsgebiet der Tibet, das durch politische Maßregeln seitens Chinas ohnehin schon dramatisch reduziert wurde, wird über kurz oder lang die Tibeter in ihrem eigenen Land zur Minderheit machen. In den dichter besiedelten Teilen Tibets ist das schon jetzt so, und selbst wenn eine gesteuerte Zuwanderung nicht existierte, dann würde eine ungesteuerte den gleichen Effekt bringen. In der sogenannten Inneren Mongolei, die in der VR China einen ähnlichen Status wie Tibet hat, ist diese jahrhundertlang erprobte Kolonialisierungsstrategie genauer zu betrachten. Die meisten der dort lebenden Mongolen sprechen die mongolische Sprache schon nicht mehr. Sang- und klanglos sind viele kleinere Völker in Ostasien dem chinesischen Bevölkerungsdruck erlegen, von wirtschaftlichem und politischem Druck zu schweigen. Mehrere Völker in den an China angrenzenden Staaten, so in Burma, sind in gleicher Weise bedroht.

Die Tibet-Berichterstattung und -Wahrnehmung kreist hierzulande um den Dalai Lama. Das ist verständlich, doch unübersehbar ist auch, daß Tibet und der Dalai Lama nicht identisch sind. Die Tibetfreunde könnten vielleicht bedenken, ob sie nicht die Menschen in Tibet, die in keiner Hinsicht homogen sind, stärker in den Mittelpunkt ihrer Informationen stellen sollten. Deren Gegenwart, aber auch ihre Traditionen sind aufschlußreicher als alle aktuellen Aufreglichkeiten. Sie könnten die Vorstellungen von diesem Land verändern, auch negativ, doch wenn öffentliches Engagement hierzulande ein bedrohtes Volk in der Ferne bewahren helfen soll, dann muß über seine Gegebenheiten umfassend informiert werden. – (Weil ein Film verloren ging, musste schnell eine Ersatz-Abbildung her: ein FAZ-Artikel vom 28.06.)

Tibet und Öffentlichkeit

Wenig überraschend: das "Abendblatt" berichtete nicht. Am Nachmittag des 23. Juni hatten sich mehr als hundert Tibetfreunde auf dem Gänsemarkt versammelt, um sich neue Informationen über die gegenwärtige Lage dort, nach den Ausschreitungen und Repressalien im Frühjahr, anzuhören. Nicht wenige Passanten blieben für kürzere oder längere Zeit neugierig stehen – und die bunten tibetischen Fahnen – in China und Tibet verboten – gaben diesem Treffen sogar den Anschein von Heiterkeit.

Die Tibet Initiative Hamburg und die Gesellschaft für bedrohte Völker hatten zu dieser Informationsveranstaltung, die keine Demonstration sein sollte, eingeladen. Andere Organisationen oder Institutionen, so das Tibetische Zentrum Hamburg, waren beteiligt, auch Vertreter politischer Parteien, jedenfalls von FDP und Grünen. Für die Medien ist das Thema Tibet aus den Schlagzeilen, und so waren diese nicht interessiert.

Dabei verdient das Thema Tibet eine kontinuierliche aufmerksame Betrachtung. Mit ihm verbunden ist ein so eklatanter wie kontinuierlicher